

75 Jahre Kriegsende in Berlin-Neukölln

In einem unveröffentlichten Manuskript mit dem Titel „Kommunalhistorische Betrachtungen, 1949“ hat der erste Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln nach 1945, Martin Ohm (CDU), seine persönliche Sicht auf die Ereignisse vor und nach dem Ende des 2. Weltkrieges dargelegt. Das Dokument ist deshalb interessant, weil der Text aus der Perspektive eines Zeitzeugen und zugleich eines Verwaltungsbeamten geschrieben ist, der von der sowjetischen Besatzungsmacht unmittelbar nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau beauftragt worden ist. Im Folgenden geben wir einen ungekürzten Auszug des Manuskripts wieder und danken dem Landesarchiv für die Genehmigung der Veröffentlichung.

„Schwere Fliegerangriffe waren über Berlin hereingebrochen. Unter ihnen hatte auch Neukölln zu leiden, obwohl es nicht so stark zerstört wurde, wie andere Ortsteile Berlins. Bei Beendigung des Krieges waren etwa 9 % der Gebäude völlig zerstört, 12 % schwer beschädigt und etwa 15 % aller Häuser wiederherstellungsunfähig. Damit war das Gesamtbild Neuköllns erhalten geblieben. Es bot nicht jenen schrecklichen Anblick wie andere völlig zerstörte Stadtteile Berlins.

Viele Neuköllner haben ihr Leben lassen müssen. Andere standen vor dem Ruin, weil sie durch die Fliegerangriffe nur das nackte Leben retten konnten. Die Ausdrücke „ausgebombt“ und „bombengeschädigt“ kamen auf. Die Verwaltung war bemüht, die Leiden der Bevölkerung zu lindern. Ein Sondereinsatz von Kräften war Tag und Nacht unterwegs, wenn Neukölln getroffen worden war. In Schulen und öffentlichen Gebäuden wurden „Sammelstellen“ errichtet, wo man sich um die obdachlos Gewordenen kümmerte, ihnen warme Getränke (Bohnenkaffee) und Speisen reichte, die notwendigen Bezugsrechte verabfolgte und die Geschädigten in andere Quartiere brachte. Ein ständiger Bereitschaftsdienst von 100 bis 150 Kräften unter Leitung des Direktors und eines Oberbaurats war ständig im Rathaus anwesend. Fast Nacht für Nacht mussten nach der „Entwarnung“ die dienstfreien Kräfte das Rathaus aufsuchen, um abzuwarten, ob auch ihr Einsatz nötig war. Erst verhältnismäßig spät kam man dazu, auch die im Bezirk wohnenden Reichs- und Staatsbeamten zum Einsatz heranzuziehen, weil die städtischen Kräfte über Gebühr beansprucht worden waren. Oft genug mussten Einsatztrupps als Nachbarschaftshilfe in stark betroffene Ortsteile von Berlin gebracht werden, wobei zu bemerken ist, dass es sich fast durchweg um Frauen handelte, die hier und anderwärts die Hilfsmaßnahmen durchführten. In der Verwaltung befanden sich nur noch ganz wenige, meist kranke Männer, die in Schlüsselstellungen eingesetzt waren.

Der Ausbau der Luftschutzkeller und der Bau von „Bunkern“ in Gebieten mit wenig Luftschutzkellern (z.B. Laubengeländen) bereitete der Bauverwaltung viel Arbeit und Sorge. Immer schlimmer wurden die Folgen des Luftkrieges. Die harmlosen „Brandbomben“ der Anfangszeit waren durch immer schwerer werdende „Sprengbomben“ abgelöst worden. Eine besonders unangenehme Bom-

benart waren die Luftminen, ein mit Pressluft gefülltes Erzeugnis. Fiel eine solche Mine in die Nähe eines Wohngebäudes, so wurde es von oben bis unten „ausgeblasen“.

Am 25.10.1944 wurde unter Berufung auf 1813 und den unvermeidlichen Clausewitz von Regierungsseite der „Volkssturm“ aufgerufen. Meist aus Jünglingen und Greisen bestehend – Krüppel waren auch dabei – sollte er ohne Ausrüstung und Waffen, nur vereinzelt mit der „Panzerfaust“ versehen, dem Feind entgegentreten. Wer nicht mitmachen wollte, riskierte schwere Strafen. Parteifunktionäre bekamen militärische Funktionen, so dass der Druck auf die Bevölkerung immer stärker wurde. Viele haben – das Sinnlose des Tuns erkennend – sich diesem Zwangsdienst entzogen. Ab Februar 1945 wurden allenthalben „Panzersperren“ errichtet, deren Nutzlosigkeit Einsichtige vorausgesehen hatten. Auch Frauen mussten sich an diesen Bauten beteiligen. Ein Zeichen der Zeit: ein ausgedienter Panzer vor dem Postgebäude als Panzerabwehrgeschütz eingegraben, sollte anrollende feindliche Panzer außer Gefecht setzen.

Um diese Zeit war von Kreisleitung der NSDAP dem Bürgermeister Samson aufgegeben worden, mit den Kräften der Verwaltung das Rathaus in Verteidigungszustand zu setzen, nötigenfalls es selbst zu verteidigen. Der Bürgermeister lehnte dieses Ansinnen nach Prüfung der Lage ab, da er das Rathaus vor Zerstörungen bewahren wollte. Es wurden Vorbereitungen getroffen, das Rathaus im Ernstfall verlassen zu können. Den im Rathaus Tätigen wurde unter der Hand aufgegeben, das Kriegsende in ihren Wohnungen abzuwarten, soweit sie nicht in einer Ausweichstelle in der Agnes-Miegel-Schule, Berliner Str. 9/10, benötigt würden

Aus der Chronik Rixdorf geht hervor, dass in vergangenen Zeiten Schweden, Russen und Franzosen das Land durchzogen. Sie waren in Berlin und auch in Rixdorf als Feinde und als Bundesgenossen. Die zeitgenössischen Urteile über die fremden Völker waren recht unterschiedlich. Der deutsche Durchschnittsbürger hatte diese Begebenheiten zur Kenntnis genommen, sie als historische Ereignisse gewertet, im Übrigen aber niemals angenommen, dass sich in neuerer Zeit ähnliches abspielen könnte. Und doch sollte es geschehen. Als Hitlers Einfall in die Sowjet-Union mit dem Rückschlag bei Stalingrad im Januar 1943 endete und militärische Misserfolge im Jahre 1944 sich einstellten, ahnten kritisch Denkende, dass Deutschlands Ostgrenze aufs äußerste gefährdet sei. Die amtliche Propaganda ging darüber hinweg.

Im April 1945 war es dann zur Tatsache geworden: Die Oder-Linie hatte die Sowjets nicht aufhalten können, von der „Entsatzarmee Wenck“ war nichts zu bemerken. Die „Rote-Armee“ stand vor den Toren Berlins.

Am 26./27.4.1945 vollzog sich der Einmarsch auch bei uns. Infanterie fühlte in den frühen Nachmittagsstunden vor, stärkere Einheiten folgten. Einbruchsstellen waren:

a) die fortgeräumte Panzersperre auf der Treptower Brücke über den Neuköllner Schifffahrtskanal für die von Treptow vordringenden Truppen,

b) ein Übergang über den Teltowkanal auf einer Notbrücke ungefähr 100 m nördlich der gesprengten Schulenburgbrücke über den Teltowkanal im Zuge der Rudower Straße für die von Rudow kommenden Teile.

Wenig später rollten sowjetische Panzer klirrend durch die Straßen von Neukölln. Der Volkssturm und die Waffen-SS hatten sich zurückgezogen. Die Bevölkerung saß in den Luftschutzkellern. An der Schulenburgbrücke war allein HJ zur Verteidigung geblieben und musste dort das junge Leben hingeben. Sie ruhen in einem Massengrab auf dem städtischen Friedhof neben der Brücke.

Es kam zu Kämpfen um das Rathaus und in einigen Straßen der Stadt. Tagelang lagen die Toten in den Straßen, namentlich in der Schönstedtstraße/Berliner Straße. Am 28.4.1945 wurde der ungleiche Kampf eingestellt, während die „Stalin-Orgeln“ vom Innplatz nach Berlin in Richtung „Reichstagsgebäude“ weiterschossen. Neukölln war von den Sowjet-Truppen besetzt.

Gegen den Willen des Bezirksbürgermeisters hatte der Kreisleiter der NSDAP doch noch das Rathaus durch Waffen-SS und Hitlerjugend verteidigen lassen; hierdurch wurden wesentliche Teile des schönen Baues zerstört.

Im Nachbarbezirk Kreuzberg war das am Hermannplatz stehende Karstadt-Warenhaus – das größte Kaufhaus Europas – von den Machthabern des verflossenen Regimes für eine Sprengung bei Feindeinmarsch vorbereitet worden. Durch diese Maßnahme sollte verhindert werden, daß ein Wert von über 25 Millionen Mark in die Hände der Feindstaaten fiel. Es hat niemand den Mut gefunden, die Zündschnüre rechtzeitig zu zerstören; so ging denn tatsächlich durch diese Handlung das repräsentative Gebäude aus dem Jahre 1929 einschl. der noch vorhandenen Warenvorräte in die Luft. Die Sprengung erfolgte ohne besondere Warnung, so dass eingedrungene Personen, darunter Kinder, umkamen. Was nicht der Vernichtung anheimfiel, wurde geplündert und fortgeschleppt. Die traurigen Ruinen des einst stolzen Hochhausbaues werden noch lange eine Unzierde des Hermannplatzes darstellen. Mit der Entrümmerung des Karstadt-Geländes hat Neukölln nichts zu tun, sondern der Bezirk Kreuzberg.

42. Die Bezirksverwaltung unter den Besatzungsmächten.

Unmittelbar nach dem Verschwinden des 1933 ans Ruder gekommenen Bezirksamtes erging an den bisherigen Verwaltungsrevisor des Bezirks, der die Verhältnisse der Verwaltung gut kannte, der Ruf, die Leitung des Bezirkes zu übernehmen und in das neue Bezirksamt als fachlich vorgebildete Kraft einzutreten. Aus Verantwortungsgefühl der Bevölkerung gegenüber konnte dieses Ansinnen schlecht verweigert werden. Der sowjetische Kommandant legte Wert darauf, daß die neuen Männer fachlich unterstützt würden.

Das Bezirksamt setzte sich ab 29.4.1945 zusammen aus:

Bezirksbürgermeister Martin Ohm

1. Vertreter Oscar Hollmann
2. Vertreter Hans Dornow.

Hollmann übernahm neben anderen Aufgaben das Personaldezernat, Dornow in der Hauptsache das Ernährungs- und das Bauamt. Die von der Besatzungsmacht eingesetzten Bezirksmitglieder hatten das traurige und undankbare Erbe der bisherigen Kommunalherrschaft anzutreten. Da es sich zeigte, dass drei Bezirksamtsmitglieder unmöglich auf die Dauer die Arbeitslast für alle Dezernate tragen konnten, wurde einige Zeit später der Verbindungsmann zur Kommandantur Heinz Pagel ebenfalls Bezirksamtsmitglied.

Kritische Stunden und Tage unter den verworrensten Umständen waren zu überwinden. Bei fehlenden Verkehrs- und Telefonverbindungen mit einem völlig neuen Apparat unbekannter Menschen in ungewohnten Räumen arbeitend, musste die kommunale Arbeit aufgenommen, gesteuert und gemeistert werden. Erfindungsgabe und Improvisationskunst gehörten dazu, alle Geschäftsvorfälle zu bewältigen und den ständig ergehenden russischen Befehlen gerecht zu werden. Daraus ergab sich eine völlig unregelmäßige Tätigkeit bis in die Nachtstunden. Die Monate Mai und Juni 1945 gehörten unzweifelhaft zu den schwersten, die die Verwaltung durchzumachen hatte.“

Anmerkung: Die Rechtschreibung im Text wurde an die heutigen Standards angepasst. Grammatikalische Fehler und Auslassungen wurden nicht korrigiert.